

Stellungnahme zu den Anträgen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP anlässlich „30. Jahrestag Friedliche Revolution“ (Drucksachen 19/10613, 19/10614)

Mannheim, den 11.06.2019

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU, SPD wie auch die Fraktion der FDP haben anlässlich des 30. Jahrestages der friedlichen Revolution ein jeweils grundlegendes Statement abgegeben. Die Bürgerbewegung der DDR und deren Akteure sollen, so die offensichtliche Intention der Verfasser, damit angemessen gewürdigt werden.

Dieser Versuch einer Würdigung bleibt jedoch Stückwerk, da eine wichtige Gruppe von DDR-Bürgern ausgeblendet wird: die der Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller.

Die Flucht- und Ausreisebewegung, insbesondere die in den 80-er Jahren, war ein entscheidender Indikator für die Zustände in der real existierenden DDR. Während die Politik nach dem Prinzip des „Wandels durch Annäherung“ handelte, die allerdings auf die Fortschreibung der Existenz zweier deutscher Staaten hinauslief, entwickelte sich an der Basis ein realpolitisches Gegenmodell: „Wandel durch Abwanderung“.

Dieser Prozess bewirkte eine allmähliche moralische, politische und ökonomische Schwächung des SED-Apparates und schließlich dessen Agonie, wodurch die Wiedervereinigung möglich wurde.

Die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration gilt unter Historikern als Vorläuferin der Bürgerbewegung der DDR, die erst in den späten 80-er Jahren zu einer nennenswerten Kraft heranwachsen konnte.

Dass die DDR zusammenbrach, die Wiedervereinigung möglich wurde, ist nicht zuletzt das Ergebnis der „Abstimmung mit den Füßen“.

Es ist inakzeptabel, dass die genannten Fraktionen diesen historisch unstrittigen Sachverhalt unerwähnt lassen.

Im Jahre 2000 gab der Propyläenverlag Berlin/München das Standardlexikon „Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur“ heraus, pünktlich 10 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit. Eine gründliche Darstellung des historischen Prozesses und Analyse seiner Wirkmechanismen.

Dort wird ausführlich darauf eingegangen, dass die Flucht- und Ausreisebewegung nicht nur ein Indikator für die gesellschaftspolitischen Zustände in der DDR war, sondern auch ein Katalysator, der Partei und Regierung schwächte und gleichzeitig der DDR-Opposition Auftrieb gab.

*„Die Fluchtbewegung symbolisiert nicht nur eine radikale Form der Absage an das System, sie verband sich in der Regel auch mit der Entscheidung für ein Deutschland, das sich mit den demokratischen Grundwerten der westlichen zivilisierten Welt verbunden fühlte.“
(S.130)*

„Für widerständiges Verhalten sprechen vor allem die von den [Ausreise-]Antragstellern in Kauf genommenen Konsequenzen sowie ihre verschiedensten Aktivitäten.... Der Wille von [Ausreise-]Antragstellern, der DDR den Rücken zu kehren, basierte auch auf direkter

Widerstandserfahrung, die mit punktueller Kritik einsetzte und infolge negierender oder repressiver Antworten durch das Regime in eine fundamentale Systemgegnerschaft mündete.... Zwar gingen insbesondere mit diesen Ausgereisten oppositionelle Kräfte vor Ort verloren, doch wirkten sie in vielerlei Hinsicht direkt oder indirekt destabilisierend auf das SED-Regime zurück.“ (S.58, S.60-61)

„Mit den 1989 einsetzenden massiven Botschaftsbesetzungen floss die Ausreisebewegung mit der Fluchtbewegung zu einer unaufhaltsamen Symbiose zusammen. Sie bildeten einen politischen Sprengstoff, der die Ordnung der deutsch-deutschen Grenzen und das Ende der DDR einläuteten.“ (S.61)

Obwohl davon auszugehen ist, dass den Verfassern der o. g. Anträge diese Zusammenhänge bekannt sind, haben sie das Phänomen „Flucht und Ausreise“ konsequent ausgespart. Der Vorwurf „Geschichtsklitterung“ ist hier sicherlich zutreffend. Es erhebt sich die Frage, welche Motive dabei eine Rolle spielen und welche Absicht damit verbunden wird.

Am 9. November 2014 (25. Jahrestag des Mauerfalls) hatte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck in Leipzig eine Rede gehalten. Es war das erste Mal, dass ein Politiker öffentlichkeitswirksam auf die Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung zu sprechen kam. Er sagte:

Und jetzt noch etwas Besonderes: Jetzt möchte ich an die Flüchtlinge und die Ausreisewilligen erinnern, deren Freiheitswillen viele damals nicht zu würdigen vermochten – ich auch nicht. Ihre Sehnsucht nach Selbstbestimmung und nach Freiheit war größer als die Angst vor dem Verlust der Heimat, von Freunden und Verwandten. Doch wir Bleibenden fühlten uns damals einfach von ihnen im Stich gelassen. Ihrem "Wir wollen raus!" hielten wir trotzig unser "Wir bleiben hier!" entgegen. Erst später haben wir begriffen, welche große politische Bedeutung auch sie für die Delegitimierung der DDR besaßen.

In NDR-Info „Der Talk“ mit Anne Will vom 9. November 2014 sprach die Moderatorin mit dem Zeitzeugen Joachim Gauck, inzwischen Bundespräsident. Dabei wurde ein Brief des Pastors Joachim Gauck an seine in den Westen geflüchteten Kinder gezeigt, in dem er geschrieben hatte: „Ohne Eure Schritte hätten die DDR-Bürger noch länger geschlafen.“

Die Adressaten des Briefes waren zwar primär die Kinder des späteren Bundespräsidenten. Aber mit dieser Formulierung, die er in jenem Interview noch einmal bestätigte, lenkte er (in diesem Zusammenhang wahrscheinlich ungewollt) den Blick auf die Gesamtheit all derer, die der DDR mit ihrem Weggang gezeigt hatten, dass sie die Reformierbarkeit des Realsozialismus nicht für machbar hielten.

Mit diesen Aussagen hat Joachim Gauck als Bundespräsident den großen Bogen geschlagen und die Gesamtheit der deutsch-deutschen Flüchtlingsgeneration politisch rehabilitiert.

Es ist beschämend, dass die Politik von Bundesregierung und Bundestag sich diesem Appell verschlossen hat und – wie die Drucksachen zeigen - weiterhin verschließt.

Wenn 30 Jahre Friedliche Revolution gefeiert werden, gehören die DDR-Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller dazu. Sie erneut auszublenden, ist die Fortschreibung der Demütigung durch die Politik von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen des Bundestages, die die Betroffenen seit mehreren Legislaturperioden mit Recht beklagen.

Der Vorstand der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.§“ (IEDF) fordert die Verfasser der o. g. Anträge auf, die tendenziöse Darstellung der historischen Prozesse, die zur Wiedervereinigung führten, richtigzustellen und damit eine offizielle Rehabilitierung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge einzuleiten.